

# BARUTHER GESPRÄCH 3

im Rahmen von BARUTHOPIA 2012 20. – 21. OKTOBER 2012

## Regionalplanung kann nicht auf dem Rezeptweg verordnet werden ...

Ein Interview mit Harald Knauer, Leiter der Planungsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Von Anja Osswald, I-KU Baruth

### Zur Person

➤ Harald Knauer ist Diplomgeograph und seit 1994 Leiter der Planungsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming. Der gebürtige Schwabe kam nach der Wende nach Brandenburg und hat den Aufbau einer kommunal verfassten Regionalplanung in den damals »neuen« Bundesländern von Anfang an begleitet und fachlich unterstützt. Aktuell arbeitet die Planungsgemeinschaft am neuen Regionalplan für den Zeithorizont 2020. Zu den wichtigsten Inhalten zählen die Nutzung erneuerbarer Energien und eine stärkere Berücksichtigung des Klimawandels.

### Anja Osswald:

➤ Lieber Herr Knauer, vielen Dank für Ihre Bereitschaft, uns mit Ihrem Fachwissen bei der kritischen Betrachtung von Aufgabenstellungen zu unterstützen, die im Rahmen der Energiewende auf Brandenburg zukommen. Als Regionalplaner aus Schwaben haben Sie einen besonderen Blick auf die Situation in den östlichen Bundesländern. Was hat Sie nach der Wende dazu bewogen, regionalplanerisch im Fläming tätig zu werden? Welche Herausforderungen gab es damals, wo liegen diese heute?

### Harald Knauer:

➤ Es gab Anfang der 90er Jahre vier große Herausforderungen für jemanden wie mich. Einmal die politische Herausforderung: Ich habe aus den Jahren unmittelbar nach der Wende ein großes Interesse in Brandenburg wahrgenommen, sich intensiv politisch zu beteiligen. Der Aufbau einer kommunal verfassten Regionalplanung in Brandenburg ging ja auch in diese Richtung.

➤ Die zweite Herausforderung war organisatorischer Art: Gelingt es mit den neuen Kollegen, sie für eine zeitgemäße, integrierte Regionalplanung zu gewinnen und die alten Strukturen unter Ausnutzung deren Fachkompetenzen - z.B. Büro für Territorialplanung - zu überwinden?

➤ Die dritte war und ist fachlicher Art: Wie lässt sich das ungesunde »Übergewicht« eines kaum kontrollierten Wachstums im Berliner Umland reduzieren, wie können Räume in größerer Entfernung am Wachstum teilhaben?

➤ Die vierte ist eher persönlicher Natur: Wird sich die Mark Brandenburg mit all ihren Kräften wieder als Mitte Deutschlands profilieren können und an gute märkisch-preußische Traditionen (Vorausschau, Sparsamkeit, Innovationsfreudigkeit, Fremdenfreundlichkeit) anknüpfen können?



GEFÖRDERT DURCH DEN FONDS NEUE LÄNDER DER KULTURSTIFTUNG DES BUNDES



I-KU<sub>.net</sub>  
INSTITUT ZUR ENTWICKLUNG  
DES LÄNDLICHEN KULTURRAUMS

# BARUTHER GESPRÄCH 3

im Rahmen von BARUTHOPIA 2012 20. – 21. OKTOBER 2012

*Das sind Chancen, die nach wie vor bestehen, mir aber zu wenig genutzt werden.*

**Anja Osswald:**

➤ Energiewende ist das große Thema derzeit – für die Städte, aber viel mehr noch für die ländlichen Räume, die den energetischen Umbau stemmen können. Thomas Banning, der Vorstandsvorsitzende der Naturstrom AG, hat die Situation in einem Satz treffend zusammengefasst: »Die Städte brauchen die Energie vom Land.« Wie realistisch kann Regionalplanung bei den großen Themen Energiewende und gesellschaftliche Transformation mitgestalten? Sie haben bei unserem sonntäglichen »Energieschoppen« im Rahmen des Baruther Gesprächs sehr klar auf die Sachzwänge hingewiesen, innerhalb derer die Regionalplanung heute operieren muss (fehlende Mitarbeiter, finanzielle Einschränkungen etc.). Welche Rahmenbedingungen müssten verändert werden? Welche Kategorien müssten gegebenenfalls entwickelt und gestärkt werden, um beispielsweise kulturlandschaftliche Perspektiven bei der Regionalplanung in Zukunft stärker berücksichtigen zu können?

**Harald Knauer:**

➤ *Die Regionalplanung in Brandenburg scheint mir eine Art Kehrrechtgruppe, die nur die Reste zusammenfegt, die die große Politik übrig lässt. Wer Energiewende so organisiert, will sie gar nicht; das gilt für die Bundesregierung und für Brandenburg. Alle fünf regionalen Planungsstellen haben gleich nach der ersten Energiestrategie des Landes 2009/2010 darauf hingewiesen, dass es zu einer breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit kommen muss und wir als Regionale Planungsgemeinschaften dem Bürger unmöglich im Rahmen förmlicher Beteiligungsverfahren die Energiewende erklären können. – Genau das ist aber passiert und passiert weiter! Ein vom Bürger wahrnehmbares interministerielles Zusammenwirken, ein Aufbruch von der Spitze der Landesregierung sehe ich nicht.*

**Anja Osswald:**

➤ Stichwort Bürgerbeteiligung: In den momentanen Debatten zur Energiewende spielt dezentrale Wertschöpfung eine maßgebliche Rolle. Welche Relevanz besitzen hier Partizipation und Beteiligungsmodelle? Müssen Bürger stärker als bisher in regionalplanerische Entscheidungen einbezogen werden? Wie kann so etwas gelingen? Kurz: Was ist die derzeitige Realität der Regionalplanung und was wäre ihrer Ansicht nach zu ändern für eine bürgerbeteiligte Planung und die Entwicklung einer lebendigen Kulturlandschaft?

**Harald Knauer:**

➤ *Partizipation kann nicht durch die Regionale Planungsgemeinschaft auf dem Rezeptwege verordnet werden. Wenn man erneuerbare Energien möchte, muss man sie fördern und zwar so, dass sie in den Renditerahmen passen und das weltweite, in Bewegung befindliche, Kapital anlocken. Das passiert zurzeit – hat aber mit Partizipation erst mal nichts zu tun. Die wichtigste Rolle hat der Bürger selbst: Wenn er gegen eine Biogasanlage oder gegen Windmühlen ist, dann wird er auch nicht partizipieren können. Wenn er erkennt, dass es ohne Erneuerbare Energie nicht geht, muss er selbst mögliche Handlungspfade erkunden.*



GEFÖRDERT DURCH DEN FONDS NEUE LÄNDER DER KULTURSTIFTUNG DES BUNDES



I-KU.net  
INSTITUT ZUR ENTWICKLUNG  
DES LÄNDLICHEN KULTURRAUMS

# BARUTHER GESPRÄCH 3



im Rahmen von BARUTHOPIA 2012 20. – 21. OKTOBER 2012

*Wenn er das mit seinen Nachbarn macht – umso besser. Natürlich kann man die politischen Rahmenbedingungen verbessern. Wenn aber erst jetzt 2012/2013 im Land Brandenburg Fortbildungsveranstaltungen für Bürgermeister und Verwaltungsfachkräfte geboten werden, wie man sich am Energiegeschäft beteiligt, wenn man erst im September vorigen Jahres die Kommunalverfassung in diese Richtung geändert hat, wenn die Mehrzahl der Kommunen ihre Konzessionsverträge ohne Änderungsklauseln bis 2030 unterschrieben hat, dann sind wir nicht auf der Höhe der Zeit. Mir sagen die Kollegen aus vielen Kommunalverwaltungen, dass sie weder die Zeit noch die Kompetenz hätten, sich mit dem Energiethema zu befassen. Wer soll es dann machen?*

**➤** *Wir haben für alles Mögliche untere Verwaltungsbehörden, warum eigentlich nicht für Energie? Blicken Sie mal zurück in die Zeit um 1760, wie man hier Wirtschaftsförderung betrieben hat. Das war nichts anderes, als Gewerbe von »außen« heranzuholen. Das war nicht besonders partizipativ, aber wer sich gerührt hat, konnte am Aufschwung teilnehmen. Die Schlesier waren nach den unsäglichen Preußisch-Österreichischen Kriegen vor allem für eines dankbar: für Steuergerechtigkeit. Und dann fragen Sie mal, wie das bei der Windenergienutzung ist.*



GEFÖRDERT DURCH DEN FONDS NEUE LÄNDER DER KULTURSTIFTUNG DES BUNDES



I-KU.net

INSTITUT ZUR ENTWICKLUNG  
DES LÄNDLICHEN KULTURRAUMS